



Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksamt Eimsbüttel  
Bezirksversammlung

- öffentlich -

<b>Gemeinsamer Antrag</b> GRÜNE-Fraktion SPD-Fraktion	Drucksachen-Nr.: <b>20-2627</b>  Datum: 27.11.2017
---	--

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum
	Bezirksversammlung	Entscheidung 30.11.2017
	Bezirksversammlung	Entscheidung 14.12.2017

### Sichere Schulwege - Eimsbüttel als Fahrradstadt auch für Kinder

#### Sachverhalt:

Im Eimsbütteler Mobilitätsforum 2017 wurde die Notwendigkeit hervorgehoben, Schulwege dahingehend umzugestalten, dass sie besser zu Fuß oder mit dem Rad zu bewältigen sind. Vertreter\*innen des Albrecht-Thaer-Gymnasiums und der Grundschule Turmweg haben sich an den Diskussionen aktiv beteiligt. Diese gilt es nun zu verstetigen.

Den Schulweg selbständig zu bewältigen, macht Kinder und Jugendliche unabhängiger, selbständiger und verantwortungsvoller und dient ihrer Gesundheit. Nebenbei senkt es das Kfz-Aufkommen, setzt für die Eltern Kapazitäten frei, und ist ein Schlüssel zu einem höheren Radverkehrsanteil in Hamburg. Der Bezirk kann viel dafür tun, um gemeinsam mit Familien, Schulen und Vereinen noch mehr Kinder für die selbständige Fortbewegung auf dem Schulweg zu begeistern. Es geht darum die Wege im Bezirk so attraktiv und sicher zu gestalten, dass Kinder und Jugendliche ihre Strecken auf dem Fahrrad oder zu Fuß zurücklegen wollen. Während die kleinsten Grundschüler vor allem den eigenständigen Fußweg lernen müssen, wird in der späteren Grundschulzeit zunehmend das Fahrrad zum Fortbewegungsmittel.

Kinder und Jugendliche fahren schon jetzt überdurchschnittlich häufig mit dem Fahrrad. Die Erhöhung des Radverkehrsanteils gilt als effektivstes Instrument zur Erhöhung der Verkehrssicherheit auf dem Fahrrad: Je mehr Fahrradfahrer\*innen im Straßenraum unterwegs sind, desto stärker ist die Sensibilisierung der anderen Verkehrsteilnehmer\*innen ihnen gegenüber.

Fahrradfahren ist aber für Kinder nicht selbstverständlich. Durch gesellschaftliche Veränderungen nimmt die praktische Fähigkeit des Radfahrens bei Kindern eher ab. Die Polizei bemängelt die geringe Verkehrserfahrung von Schulkindern und die chaotischen Verkehrsbedingungen vor Schulen durch elterliche Hol- und Bringverkehre, wie sie zuletzt auch in einer ADAC-Studie bestätigt wurde. Dieser Entwicklung gilt es auf allen Ebenen gegenzusteuern. Das bestehende Gefährdungspotential auf Schulwegen muss reduziert werden, denn auch in Hamburg sind Kinder überproportional von Verkehrsunfällen betroffen.

Kinder sind nicht autogerecht. Ihre Bedarfe müssen noch stärker in die konzeptionelle und bauliche Gestaltung des Straßenraums einbezogen werden.

Um sicher und gut mit dem Fahrrad zur Schule zu kommen, müssen die wichtigen Radwegeverbindungen zwischen den Wohnquartieren und den Schulen gut ausgebaut, bequem zu befahren und sicher sein. Dazu müssen Schulwege als solche identifiziert und so gestaltet werden, dass sie für Kinder und Jugendliche sicher und leicht zu bewältigen sind. Exemplarisch hierfür ist etwa die Aufpflasterung von einmündenden Straßen entlang eines Schulwegs, so dass nicht die Kinder eine Straße überqueren, sondern die Autofahrer\*innen bewusst den Schulweg kreuzen.

Mit einer Kindermobilitätsinitiative will der Bezirk Eimsbüttel hier eine Vorreiterrolle einnehmen. Zu den Ansatzpunkten für eine kinderfreundliche Fahrradstadt Eimsbüttel gehören in erster Linie (Rad-)Schulwegpläne für alle Schulen und Sportplätze im Bezirk sowie die Umgestaltung solcher Wege für den Schülerverkehr. Wichtig ist es, bereits gesammelte Erfahrungen einzubeziehen: Den Leitfaden Schulwegpläne der Bundesanstalt für Straßenwesen, das Projekt Radschulwegplan aus Baden-Württemberg sowie die Erkenntnisse des Referats Verkehrserziehung in der Schulbehörde und des Hamburger ADFC bei der Erstellung von Schulwegplänen.

### **Petition:**

Der Bezirksamtsleiter wird gebeten,

1. zukünftig das Ziel zu verfolgen, schrittweise für alle Schulen im Bezirk einen (Rad-) Schulwegplan zu erarbeiten in dem auf die jeweilige Situation abgestimmte Maßnahmen enthalten sind, um (Rad-)Wege an die alltäglichen Bedarfe der Schüler\*innen anzupassen und die Quote der fahrradfahrenden Kinder zu erhöhen. Dafür sollen für alle Schulen systematisch potentielle Gefahrstellen, Radwegelücken, Engpässe und Wartestellen sowie sonstige Beeinträchtigungen eines fahrrad- und fußgängerfreundlichen Schulumfeldes identifiziert und wirksame Verbesserungen auf den Weg gebracht werden. In einem ersten Schritt sind Vorschläge zu erarbeiten, in welcher Reihenfolge die Schulstandorte in einem mehrjährigen Prozess abuarbeiten wären und dabei Initiativen von Eltern und der Bezirkspolitik zu berücksichtigen.
2. in einer Pilotphase bis 2019 drei Aspekte der (Rad-)Schulwegpläne zu erproben:
  - a. die im Mobilitätsforum erarbeiteten Möglichkeiten umzusetzen, gemeinsam mit den Schüler\*innen des Albrecht-Thaer-Gymnasiums und der Grundschule Turmweg einen Fragebogen unter Berücksichtigung der untenstehenden Maßgaben zu erarbeiten und auszuwerten, der in Form einer Jugendbeteiligung die Probleme und Wünsche bezüglich des Schulwegs erhebt und anschließend umsetzt
  - b. im Rahmen der Planungen für die Veloroute 3 in der Paul-Sorge-Straße die Schulweg-Bedürfnisse der Stadtteilschule Niendorf zu berücksichtigen
  - c. als Anschauungsbeispiel in Absprache mit der Polizei einen Schulstandort mit gravierenden Schulwegproblemen auszuwählen, bei dem durch kurzfristige bauliche Maßnahmen die Erreichbarkeit der Schule durch Rad- und Fußverkehr verbessert werden kann und diese umzusetzen. Hierfür *ist* die Schule Brehmweg besonders geeignet.
  - d. Zudem soll im Gespräch mit der Leitung der Julius-Leber-Schule eine Verbesserung der Verkehrssituation auf den Schulwegen der inzwischen größten Schule Hamburgs in Angriff genommen werden.
3. bei der Ausgestaltung der (Rad-)Schulwegpläne folgende Maßgaben besonders zu berücksichtigen:

- a. an jedem Schulstandort soll unter aktiver Einbeziehung der Beteiligten eine Prioritätenliste mit kurz- und mittelfristigen Maßnahmen für jede Schule erstellt werden, deren Umsetzung die Schule zu einer fahrradfreundlichen Schule macht. Diese Prioritätenlisten sind mit konkreten, behördlich abgestimmten Realisierungsvorschlägen in die jeweiligen Regionalausschüsse zur weiteren Beschlussfassung einzubringen. Zu den möglichen Maßnahmen gehören bauliche Verkehrsberuhigungsmaßnahmen, (z.B. durch Kissen, Querungshilfen, Reduzierung von Parkständen und durch klare Beschilderung der Schulfahrradrouten), die vermehrte Einrichtung von Fahrradstraßen oder Tempo-30-Strecken im Umfeld von Schulen und Kitas, Einbahnstraßenregelungen, großräumige Verkehrsverlagerungen sowie die schulwegfreundliche Anpassung von Ampelschaltungen. Die Aufpflasterung von Nebenstraßen-Einmündungen, die wichtige Schulwege queren, soll der Regelfall werden.
- b. Die bereits vorhandenen Erfahrungen und Hilfsmittel bei der (Rad)Schulwegplanerstellung sollen einbezogen werden.
- c. An Schulen und anderen von Kindern und Jugendlichen überdurchschnittlich frequentierten Orten im Bezirk sollen die Abstellmöglichkeiten für Fahrräder überprüft, an die steigenden Bedarfe angepasst und mit Blick auf Wetterschutz und Diebstahlsicherung qualitativ verbessert werden. Dabei sollten auch Orte wie Sportplätze und Turnhallen, Veranstaltungsorte etc. einbezogen werden, an denen ggf. auch mit den privaten Grundstückseignern Lösungen für ausreichende und sichere Fahrradabstellmöglichkeiten gefunden werden sollen.
- d. Die von Kindern und Jugendlichen stark frequentierten Schulfahrradrouten im Bezirk sollen im Rahmen der Maßnahmen des Bündnisses für den Radverkehr mit besonderer Priorität versehen werden.

Die Vorsitzende der Bezirksversammlung wird gebeten,

4. die untere Straßenverkehrsbehörde um Unterstützung bei der Anordnung straßenverkehrsbehördlicher Maßnahmen zur Verbesserung von Schulwegen zu ersuchen,
5. Polizei und Parkraumüberwachung des LBV zu ersuchen, die Gefahrenschwerpunkte durch Falschparker auf Schulfahrradrouten zu identifizieren und Maßnahmen zur Reduzierung des Falschparkens zu entwickeln, um dem besonderen Gefährdungspotential für Kinder durch das Parken von Autos auf Radwegen entgegenzusteuern.
6. sich bei der Neuausschreibung von StadtRad Hamburg für die Herabsetzung des Mindestnutzungsalters von derzeit 18 auf 16 Jahre einzusetzen.

Die Ergebnisse der Umsetzung dieses Konzeptes sind in regelmäßigen Abständen im Ausschuss für Verkehr vorzustellen.

Darüber hinaus unterstützt die Bezirksversammlung das Vorhaben des Senats, Roller- und Radfahrtrainings in allen 1. und 2. Klassen sowie eine obligatorische Fahrradprüfung in der 4. Jahrgangsstufe durchzuführen. Ebenso wird die Förderung von Fahrradworkshops für Kinder aller Altersgruppen in Freizeiteinrichtungen begrüßt.

Lisa Kern, Fabian Klabunde, Dietmar Kuhlmann, Gabriela Küll, Falk Schmidt-Tobler und GRÜNE-Fraktion  
Koorosh Armi und SPD-Fraktion

**Anlage/n:**  
keine